



DIE NATO UND DIE UKRAINE DER EU-UKRAINE-GIPFEL

■ ANALYSE	
Die Sicherheitspolitik der Ukraine und ihre Beziehungen zur NATO Von Taras Kuzio, Washington	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Militärausgaben und militärische Kooperation der Ukraine	6
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
Gemeinsame Presseerklärung zum EU-Ukraine-Gipfel	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 13. bis 25. Februar 2013	11



Die Sicherheitspolitik der Ukraine und ihre Beziehungen zur NATO

Von Taras Kuzio, Washington

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO entwickelten sich in den Jahren 1994 bis 2010, unter drei aufeinander folgenden Präsidenten, sehr positiv. Gleichwohl gab es immer Spannungen zwischen NATO-Mitgliedsstaaten, die für umfassende Kooperation eintraten und ukrainischen Präsidenten, die zwischen 2002 und 2010 diese Kooperation auf die Ebene einer NATO-Mitgliedschaft heben wollten. Von 2002 bis 2008 hat es die Ukraine vier Mal nicht geschafft, in den Aktionsplan zur Mitgliedschaft (MAP, engl. Membership Action Plan) einzutreten – so oft wie kein anderer Staat. Dies misslang nicht ausschließlich aufgrund von Gegenwehr aus Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten, sondern vor allem, weil es ukrainischen Verantwortlichen selten gelang, außen- und innenpolitische Ziele zu verknüpfen und dem Ziel einer NATO-Mitgliedschaft Priorität vor persönlichen Konflikten einzuräumen. Wiktor Juschtschenko schürte letzte Beitritts Hoffnungen in den Jahren 2006 bis 2009, Wiktor Janukowytsh jedoch begrub sie 2010.

Einleitung

Infolge der Wahl Wiktor Juschtschenkos zum Präsidenten im Dezember 2004 verbesserten sich die Beziehungen der Ukraine zu den USA und zur NATO noch stärker als die Beziehungen zur EU. Im Februar und im April 2005 traf Juschtschenko den damaligen US-Präsidenten George W. Bush in den NATO-Hauptquartieren in Brüssel und Washington. Daraufhin wurde das Verhältnis im Mai 2005 offiziell zum *Intensivierten Mitgliedschaftsdialog*, der Vorstufe des MAP (Membership Action Plan) hinaufgesetzt. Juschtschenko jedoch verhielt sich ungeschickt, indem er aufgrund seiner Ablehnung einer Rückkehr Julija Tymoschenkos in das Amt der Ministerpräsidentin nach den Wahlen vom März 2006 nicht rasch genug eine »orange Koalition« aufstellte. So zogen sich die Koalitionsgespräche bis Juni 2006 hin. In diesem Monat hatte George Bush in die Ukraine reisen sollen, um dort seine Unterstützung für einen MAP-Eintritt der Ukraine beim NATO-Gipfel im November in Riga zu bekräftigen – wegen der andauernden Uneinigkeit über eine Regierungskoalition wurde das Treffen jedoch verschoben. Drei Monate später wurde Wiktor Janukowytsh, Chef der Partei der Regionen, unerwartet zum Ministerpräsidenten ernannt und teilte im September der NATO mit, dass die Ukraine an einem MAP nicht interessiert sei. Dies zerstörte die Hoffnungen auf einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft in Riga, wengleich dieser Versuch unter allen vier (2002, 2004, 2006 und 2008) die besten Aussichten auf Erfolg gehabt hatte.

Im Januar 2008, am Vorabend des NATO-Gipfels in Bukarest, bat die Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko gemeinsam mit Wiktor Juschtschenko und dem Parlamentssprecher Arsenij Jazenjuk die NATO um die Aufnahme in den MAP. Tymoschenkos angebliche Zurückhaltung in Beitrittsfragen wird in einer Depe-

sche der US-Botschaft in Kiew nicht bestätigt. Dort hieß es, man sei »beeindruckt von ihrer Fähigkeit, um einen Aktionsplan zur Mitgliedschaft zu werben.« Um seine Unterstützung zu unterstreichen, reiste Präsident Bush vor dem NATO-Gipfel nach Kiew. Außenministerin Condoleezza Rice schrieb in ihren Memoiren, »der ukrainische Präsident weinte beinah. ›Es wird eine Katastrophe, eine Tragödie, wenn wir den Aktionsplan nicht bekommen«, flehte er.« Auf dem Gipfel bot die NATO weder Georgien noch der Ukraine einen MAP an, sondern verlegte sich auf einen Kompromiss zwischen denen, die einen Aktionsplan für die Ukraine befürworteten (v. a. die osteuropäischen Staaten, die USA, Großbritannien und einige andere) und denen, die sich dagegen aussprachen (u. a. Deutschland und Frankreich): die Ukraine und Georgien würden in Zukunft Mitglieder werden. Dies war ein sehr ungewöhnlicher Schritt – das diplomatische Gegenstück einer Verlobung ohne Festlegung des Hochzeitstages.

Sechs Gründe gegen einen MAP

Sechs Faktoren beeinflussten den Antrag der Ukraine auf einen MAP in Bukarest zum Negativen. Erstens gab die politische Instabilität (wie im Jahr 2006) einigen westeuropäischen Skeptikern in der NATO Anlass, auf mangelnde Einheit innerhalb des reformorientierten Lagers hinzuweisen. Die US-Außenministerin berichtete, dass Deutschland sich gegen einen Aktionsplan für die Ukraine aussprach, weil »die ukrainische Regierungskoalition ein einziges Chaos« sei.

Zweitens befürworteten nur ca. 25 % der ukrainischen Bevölkerung eine NATO-Mitgliedschaft. Besonders niedrig waren die Zustimmungsraten im von der Partei der Regionen dominierten Osten und Süden des Landes. Die Informationskampagne, die stärkere Unterstützung einer NATO-Mitgliedschaft einwerben sollte,

war aus Sicht der US-Botschaft in Kiew »kraftlos und schwach organisiert« und hatte ein geringes Budget zur Verfügung, das zudem auf unsachgemäße Weise ausgegeben wurde.

Drittens hatte George Bush im Jahr 2008 geringeren Einfluss innerhalb der NATO, da er sich in seinem letzten Amtsjahr befand und die optimistische Vorstellung, die Orange Revolution würde die Ukraine rasch in den Westen eingliedern, nur noch eine blasse Erinnerung war.

Viertens führten anti-NATO- und antiamerikanische Demonstrationen auf der Krim dazu, dass die »Seabreeze«-Manöver 2006 und 2009 abgebrochen wurden, was in einigen westeuropäischen Mitgliedsstaaten die Befürchtung weckte, die Ukraine könnte durch eine NATO-Mitgliedschaft destabilisiert werden. Einige russische Politiker fachten diese übertriebene Sorge an. Unter ihnen war auch Präsident Wladimir Putin, der einer NATO-Russland-Kommission auf dem Gipfel in Bukarest mitteilte, die Ukraine sei ein »künstlicher Staat«, der an einer NATO-Mitgliedschaft zerbrechen werde. Im Jahr 2009 wurden russische Diplomaten aus der Ukraine ausgewiesen, da Kiew sie der verdeckten Förderung separatistischer Bestrebungen verdächtigte.

Fünftens hatte Russland durch politische, wirtschaftliche und energieinfrastrukturelle Verbindungen immensen Einfluss auf bedeutende europäische Länder wie Deutschland und Italien. Für Kiew bestätigte sich die wahrgenommene »Russia-first«-Politik Deutschlands mit der Nord Stream Gaspipeline des damaligen deutschen Kanzlers Gerhard Schröder, die die Ukraine als Transitland umgeht.

Sechstenschließlich beklagte Präsident Juschtschenko Deutschlands Ablehnung einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft, während der Ministerpräsident Janukowytsch während seiner Amtszeit von August 2006 bis November 2007 Deutschland beschuldigte, in der EU eine Mitgliedschaftsperspektive der Ukraine zu blockieren. Der ehemalige Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Wolodymyr Horbulin sagte dem amerikanischen Botschafter, es gebe »zwei russische Botschaften in Kiew, eine davon spricht Deutsch.« Juschtschenkos und Janukowytschs Beschwerden waren bis zu einem gewissen Grad gerechtfertigt. Beide zeigten jedoch – typisch für Entscheidungsträger der Ukraine und post-sowjetischer Staaten – keinerlei Bereitschaft, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass die erklärten Ziele der NATO- und EU-Mitgliedschaft persönlichen Konflikten untergeordnet worden waren. Juschtschenko sagte beispielsweise im Prozess gegen Julija Tymoschenko aus und trug so dazu bei, dass die Beziehungen zur EU infolge Tymoschenkos Inhaftierung stark abflauten.

Nach dem Gipfel von Bukarest

Am 2. und 3. Dezember 2008 rief die NATO zu einem Treffen, bei dem der Fortschritt Georgiens und der Ukraine in Richtung eines von den NATO-Mitgliedern akzeptierten Niveaus überprüft werden sollte. Zwischen den Gipfeln im April und Dezember hatte die militärische Auseinandersetzung zwischen Georgien und Russland sowie die politische Instabilität in der Ukraine die Aufnahme in den Aktionsplan für beide Länder noch unwahrscheinlicher gemacht. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte in Brüssel, »ich hoffe, dass wir uns darauf einigen werden, bei der Vereinbarung aus Bukarest zu bleiben. Ich sehe im Moment keinen Anlass, darüber hinaus zu gehen.«

Der NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer sagte nach dem Treffen im Dezember, »alle Teile – ich wiederhole, alle Teile – der Georgien und die Ukraine betreffenden Entscheidungen, die die Staats- und Regierungschefs der NATO getroffen haben, besitzen weiter Gültigkeit.« Er führte weiter aus: »Und das schließt ein, dass sie eines Tages Mitglieder sein werden, wenn sie es wünschen. Und, was wichtig ist hinzuzufügen, wenn sie die NATO-Standards erfüllen.«

Der ehemalige US-Botschafter Steven Pifer stellte einen »Plan B« vor, in dem die NATO wiederholt bestätigen würde, dass sie die beiden Staaten als zukünftige Mitglieder betrachtet, Dmitrij Medwedews Forderung nach einer russischen Zone »privilegierter Interessen« in der GUS zurückweist und ihre Kooperation mit Georgien und der Ukraine weiter ausbaut.

Die Ukraine hat seit dem NATO-Gipfel 2002 in Prag zehn jährliche Aktionspläne (ANP, engl. Annual National Programme) erfüllt, die sich im Umfang kaum vom MAP unterscheiden. Der ehemalige Verteidigungsminister Jevhen Martschuk erklärte, »der ANP ist de facto ein Membership Action Plan, da beinahe alle Maßnahmen des MAP auch im ANP vorgesehen sind.« Auch Pifer sagte, beide Pläne deckten sich inhaltlich zu 95 %. So erklärte denn auch Präsident Juschtschenko: »Wir funktionieren de facto bereits seit einiger Zeit nach dem MAP. Die Ukraine erfüllt komplett die jährlichen Zielvorgaben.« Die jährliche Light-Version des MAP umfasst Reformen in Politik, Wirtschaft, Justiz und in der Sicherheit. Die NATO-Aktionspläne hätten militärische Reformen in der Ukraine nach sich gezogen, die das Land näher an NATO-Standards herangeführt hätten, erklärte Präsident Juschtschenko. Die ukrainischen Streitkräfte seien »bereit für eine umfassende Integration in das vereinte System der Allianz.« Auch wenn dies der Wahrheit entspricht, so ignoriert es doch den Problembereich, zu dem Juschtschenko selbst beigetragen hat: politische Instabilität und die beinahe komplette Abwesenheit von Reformen im aufgeblähten und ineffizienten

nicht-militärischen Sicherheitsapparat. Beide Bereiche sind zusammen die größte Bedrohung der demokratischen Entwicklung in der Ukraine.

MAP: R.I.P.?

Nach Bukarest begannen amerikanische und britische Diplomaten die Bedeutung des MAP herunterzuspielen, er sei »zu symbolträchtig.« Beim NATO-Prüfungstreffen stellte die US-Außenministerin Rice die »britische Idee« einer Umgehung des MAP durch Georgien und die Ukraine vor. So sollte jeweils die Rolle des NATO-Ukraine-Komitees und des NATO-Georgien-Komitees gestärkt werden: »Jeder, der außerhalb der NATO-Bürokratie steht, fragt sich womöglich, worum es bei dieser ganzen Aufregung überhaupt geht.« Der stellvertretende US-Außenminister für Europa und Eurasien Dan Fried führte aus, dass die MAP-Debatte »ein Eigenleben entwickelt« habe und dass die Ukraine und Georgien auf anderen Wegen in die NATO geführt werden könnten. Fried erklärte: »Der MAP war nie ein Selbstzweck und ist nicht der einzige Weg in die NATO.«

Frankreich, Deutschland, Norwegen, Luxemburg, Spanien und Italien sprachen sich gegen Versuche aus, den MAP zu umgehen. Ein amerikanischer Diplomat äußerte sich gereizt über die deutsche Haltung: »Sie kleben am MAP, aber sie weigern sich, ihn zu benutzen. Sie werden ihn nur einsetzen, wenn ein Land schon bereit zur NATO-Mitgliedschaft ist, warum also darauf bestehen? Sie sagen, man brauche den MAP als letzte Hürde. Wir sagen: da sich alle einig sind, lasst uns aus dem Hamsterrad ausbrechen und die Dinge voranbringen.«

Die Verabschiedung der NATO

Diese Versuche, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu retten, wurden 2009–2010 bedeutungslos, als die politische Krise in der Ukraine sich verstärkte, der Konflikt zwischen Juschtschenko und Tymoschenko außer Kontrolle geriet und Janukowytsch zum Präsidenten gewählt wurde. Zuerst war die Sorge nicht groß, da vermutet wurde, Janukowytsch würde zur multi-vektoriellen Außenpolitik Kutschmas zurückkehren und dabei das hohe Kooperationsniveau mit der NATO aufrecht erhalten, das seit 1994 durch das Partnership for Peace (PfP)-Programm bestand.

Ein weiterer Faktor, der einen radikalen Wandel der Außenpolitik unwahrscheinlich machte, war das chamäleonartige Wesen und der Populismus ukrainischer Politiker. Juschtschenko und »Unsere Ukraine«, die leidenschaftlichsten Befürworter eines NATO-Beitritts, hatten dieses Ziel beispielsweise nie in ihren Wahlprogrammen formuliert. Janukowytschs Wahlkampf im Jahr 2004 umfasste eine massive antiamerikanische Kampagne – gleichzeitig steuerte die Ukraine das dritt-

größte Militärkontingent zu den US-geführten Koalitionskräften im Irakkrieg bei. In den Jahren 2002 und 2004 hatte Kutschma in Prag und Istanbul um die Aufnahme in den MAP gebeten, zur Zeit der Ministerpräsidentenschaft Janukowytschs. In den Wahlprogrammen der Partei der Regionen der Jahre 2006 und 2007 und in Janukowytschs Programm von 2010 wurde die Unmöglichkeit einer gleichzeitigen Mitgliedschaft in EU und der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft herausgestellt und eine NATO-Mitgliedschaft abgelehnt. Das größte Chamäleon war der jüngere Arsenij Jazenjuk, Außenminister unter Juschtschenko und 2008 Parlamentspräsident mit den Stimmen der Partei »Block Julija Tymoschenko«, der im Jahr 2008 eine NATO-Mitgliedschaft unterstützt hatte und zwei Jahre später, im Zuge seines Programms zur Präsidentschaftswahl, die exakte Gegenposition vertrat und eine ostslawische Union forderte.

Einmal an der Macht, ignorierten Janukowytsch und die Partei der Regionen ihre Unterstützung einer Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Zollunion mit Russland und Kasachstan. Gleichzeitig verfolgte Janukowytsch drei Ziele aus seinem Wahlprogramm, die er auch in privaten Gesprächen mit europäischen und amerikanischen Diplomaten bekräftigt hatte.

Erstens unterstrich er seine ablehnende Haltung zu einem ukrainischen MAP aus dem Jahr 2006, indem er der ukrainischen Außenpolitik im Juli 2010 offiziell blockfreien Status bescheinigte. Er wurde damit zum ersten der vier ukrainischen Präsidenten, der sich gegen eine NATO-Mitgliedschaft stellte. Während dies für sich genommen schon das Interesse der Ukraine an der Kooperation innerhalb des PfP-Programms reduzierte, verschlechterten sich zudem die Beziehungen zu Europa und den USA seit 2011, insbesondere durch den Prozess gegen Julija Tymoschenko. Eine Erklärung des NATO-Gipfels in Chicago vom Mai 2012 stellte die Schlüsselrolle einer »unabhängigen, souveränen und stabilen Ukraine, die entschieden der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verschrieben ist,« für die euro-atlantische Sicherheitslage heraus. Die NATO bekräftigte in Chicago ihre Politik der offenen Tür, Janukowytsch jedoch schlug diese Tür zu. So zählte die NATO die Ukraine nicht zu den 13 strategischen Partnern, mit denen sie eine separate Konferenz während des Gipfels abhielt: Sie hatte Bedenken aufgrund »selektiver Anwendung von Recht und politischer Verfolgung führender Mitglieder der Opposition und deren Haftbedingungen.«

Das Rasumkow-Zentrum für wirtschaftliche und politische Studien schrieb in einer NATO-Sonderausgabe seines *Magazins für nationale Sicherheit*:

»Aufgrund der traditionell offenen Ablehnung der regierenden Partei der Regionen gegenüber der NATO

und des Zickzackkurses der ukrainischen Außenpolitik erfahren die auf höchster Ebene erlassenen Absichtserklärungen konstruktiver Zusammenarbeit mit der NATO nicht immer angemessene Unterstützung seitens der Exekutive. Unter diesen Umständen ist es für westliche Partner schwer, sowohl in die Ernsthaftigkeit zu vertrauen, mit der für die Fortführung intensiver Zusammenarbeit mit der NATO geworben wird, als auch die wirkliche Bedeutung einer solchen Zusammenarbeit für die ukrainischen Verantwortlichen einzuschätzen. Es wäre jedenfalls ein Fehler, alles als eine Konsequenz der Politik der letzten zwei Jahre zu verstehen – inkonsistente innere Reformen und eine multi-vекtorielle Außenpolitik waren kennzeichnend für die gesamte moderne Geschichte der Ukraine.«

Dazu kam, zweitens, die unverhohlenen pro-russische Position Janukowytschs, der jede der Forderungen Dmitrij Medwedews aus dem Jahr 2009 verwirklichte, und so z. B. den russischen Vorschlag einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur auf Basis der OSZE unterstützte, der die Rolle der NATO und der USA in Europa einschränken sollte. Die Partei der Regionen verkündete gleichfalls ihre Anerkennung der Unabhängigkeit der georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien im Herbst 2008, was keine GUS-Regierung außer Russland getan hatte.

Drittens setzte die Regierung gegen die Opposition zweier Parlamentskomitees und die Neutralität eines weiteren durch, dass die russische Schwarzmeerflotte bis 2047 in Sewastopol stationiert bleibt. Im Jahr 1997 hatten Russland und die Ukraine ein »vorläufiges« Stationierungsabkommen über 20 Jahre geschlossen. Die Verlängerung verstieß gegen die ukrainische Verfassung, die keine ausländischen Militärstützpunkte auf

ukrainischem Territorium erlaubt, und verletzte zudem den neuen Status eines blockfreien Landes. Russland hat währenddessen verlautbaren lassen, dass es seine Schwarzmeerflotte modernisieren wolle, nun da die Basis de facto dauerhaft besteht.

Fazit

Die heutige Ukraine hat keine strategischen außenpolitischen Ziele. Kiews Beziehungen zu NATO, EU und IWF sind aufgrund sich verschlechternder demokratischer Bedingungen, selektiven Einsatzes der Justiz und des Mangels an Reformen miserabel. Ukrainischen Politikern ist die Arbeitsweise von EU und NATO fremd und sie überschätzen die geopolitische Bedeutung der Ukraine für den Westen. Obwohl Janukowytschs Team verschiedene Schritte unternommen hat, um Russlands Ansprüchen nachzukommen, sind Kiews Beziehungen zu Russland ebenfalls schlecht. Die beiden russischen Forderungen, die Kiew bislang nicht umgesetzt hat, sind die Verwirklichung einer russischen Beteiligung an den ukrainischen Erdgaspipelines (die einige Mitglieder aus Janukowytschs Team in privaten Gesprächen durchaus unterstützten) und die Mitgliedschaft in der von Russland geführten Zollunion, die die Partei der Regionen in jedem Wahlkampf öffentlich gefordert hatte. Da die Beziehungen zur EU weiterhin eisig bleiben und das Assoziationsabkommen nicht unterzeichnet werden wird, könnte die Versuchung, auch die beiden letzten russischen Forderungen zu erfüllen, mit dem Heranrücken der Präsidentschaftswahlen 2015 steigen. Für Präsident Janukowytsch ist seine Wiederwahl strategisch weitaus bedeutsamer als die europäische Integration der Ukraine.

Aus dem Englischen übersetzt von Jan Matti Dollbaum

Über den Autor:

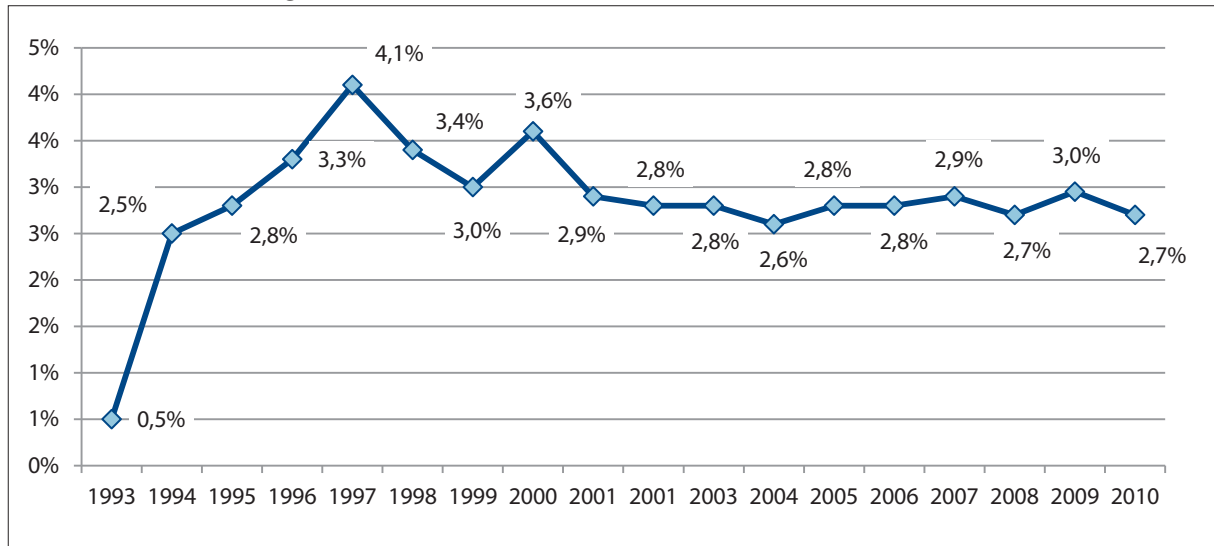
Taras Kuzio ist assoziierter Wissenschaftler an der John Hopkins University in Washington D.C. Als Gastwissenschaftler an der Hokkaido-Universität in Japan schrieb er 2010 bis 2012 das Buch *A Contemporary History of Ukraine*. In seinen Publikationen beschäftigt er sich vor allem mit Aspekten der ukrainischen Innen- und Sicherheitspolitik.

Lesetipps:

- Wikileaks: "Ukrainian–German Relations on the Rocks", US Embassy Kyiv, 16 March 2009, <http://wikileaks.org/cable/2009/03/09KYIV465.html>
- Kuzio, Taras: "Growing Ukrainian–Russian Arms Export Cooperation", Eurasia Daily Monitor, vol. 9, no. 92 (15 May 2012). [http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=39376](http://www.jamestown.org/single/?no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=39376)

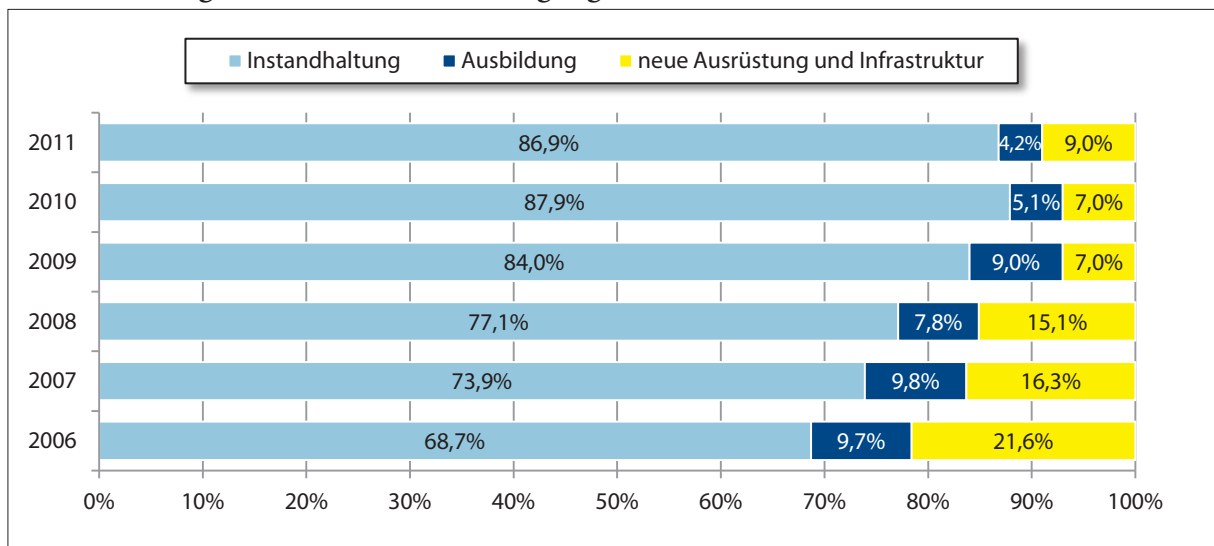
Militärausgaben und militärische Kooperation der Ukraine

Grifik 1: Militärausgaben der Ukraine (Prozentualer Anteil am BIP)



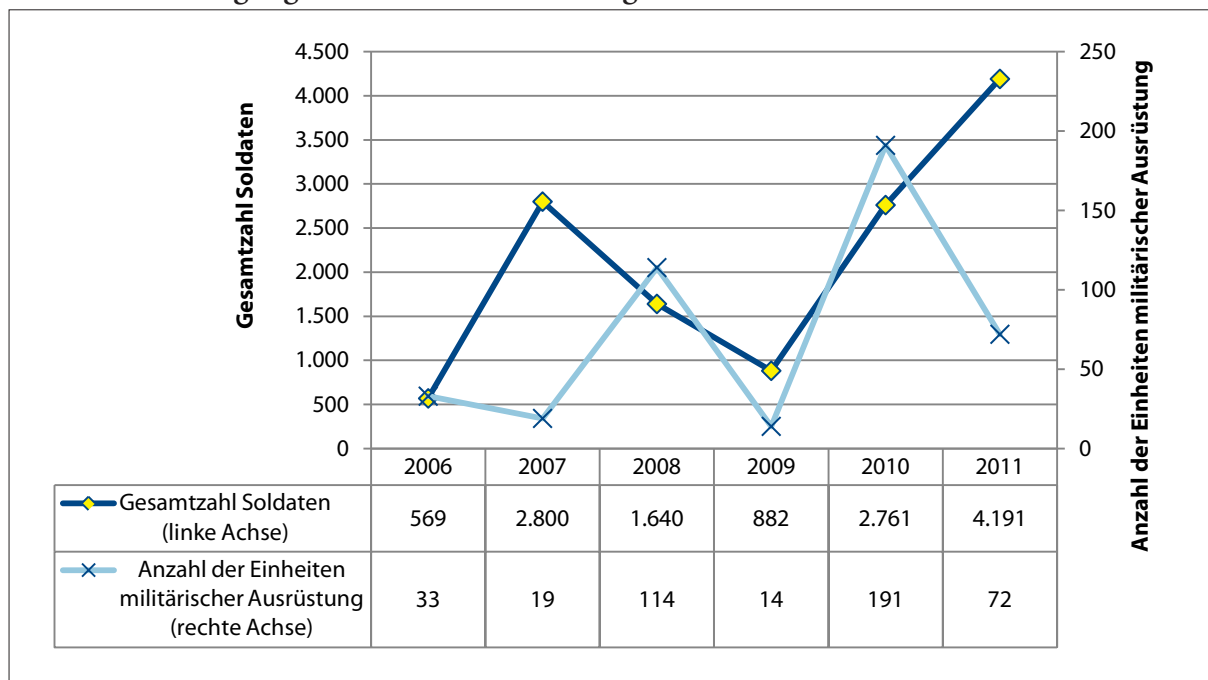
Quelle: Stockholm International Peace Research Institute, <http://www.sipri.org/>

Grifik 2: Ausgabenstruktur des Verteidigungsministeriums 2006–2011



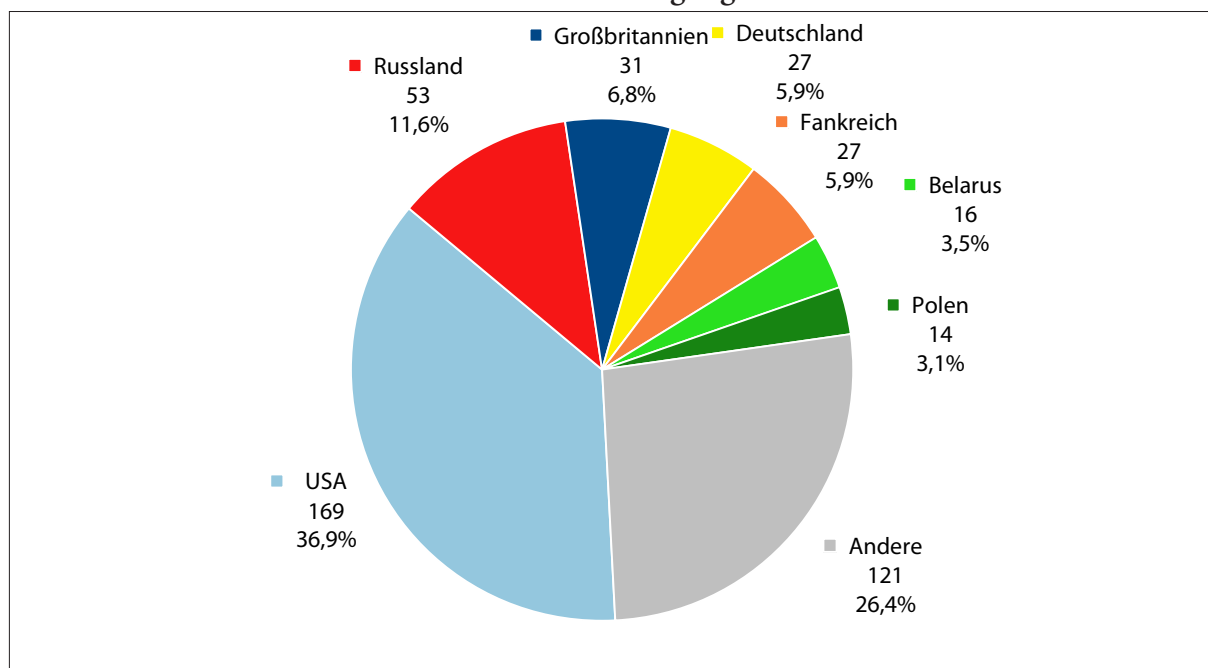
Quelle: Ministerium für Verteidigung (Hg.): Weißbuch 2011 – Streitkräfte der Ukraine.
http://www.mil.gov.ua/files/white_book/WB_2011.pdf

Grafik 3: Beteiligung an internationalen Übungen 2006–2011



Quelle: Ministerium für Verteidigung (Hg.): Weißbuch 2011 – Streitkräfte der Ukraine.
http://www.mil.gov.ua/files/white_book/WB_2011.pdf

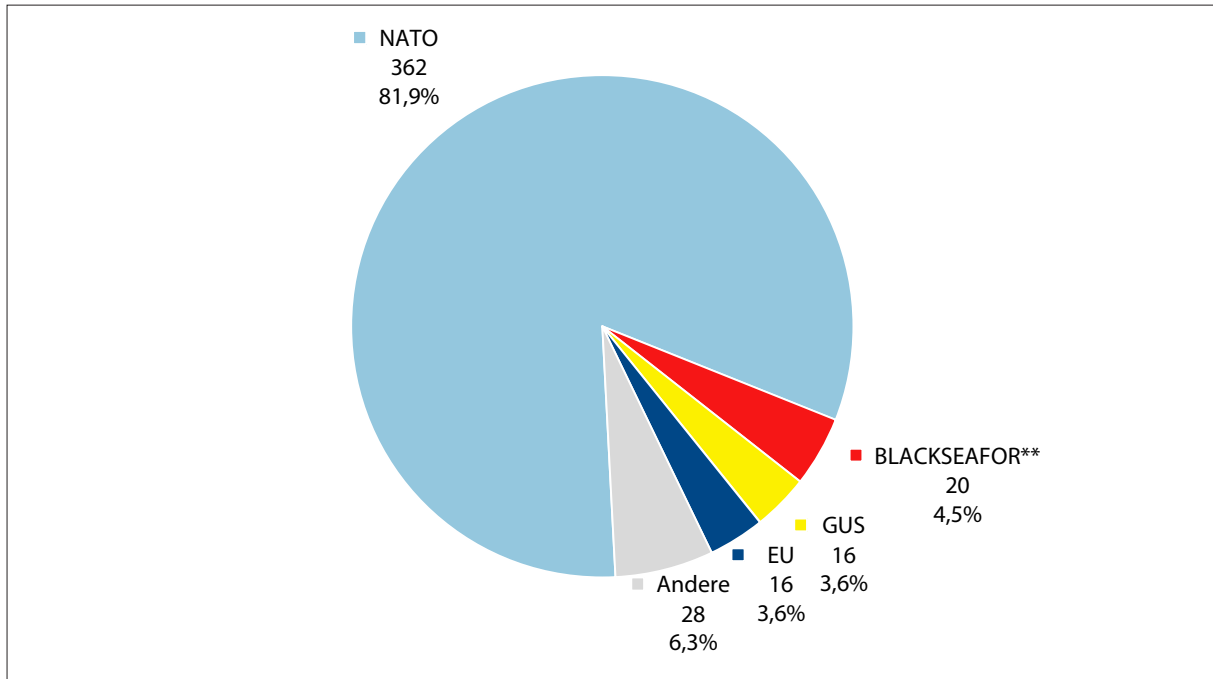
Grafik 4: Bilaterale Zusammenarbeit* mit Verteidigungsbehörden anderer Länder 2011



* die Maßnahmen umfassen u. a. Bildungsmaßnahmen, Trainings, Bau von Wohnanlagen.

Quelle: Ministerium für Verteidigung (Hg.): Weißbuch 2011 – Streitkräfte der Ukraine.
http://www.mil.gov.ua/files/white_book/WB_2011.pdf

Grafik 5: Multilaterale Zusammenarbeit* mit internationalen Organisationen 2011



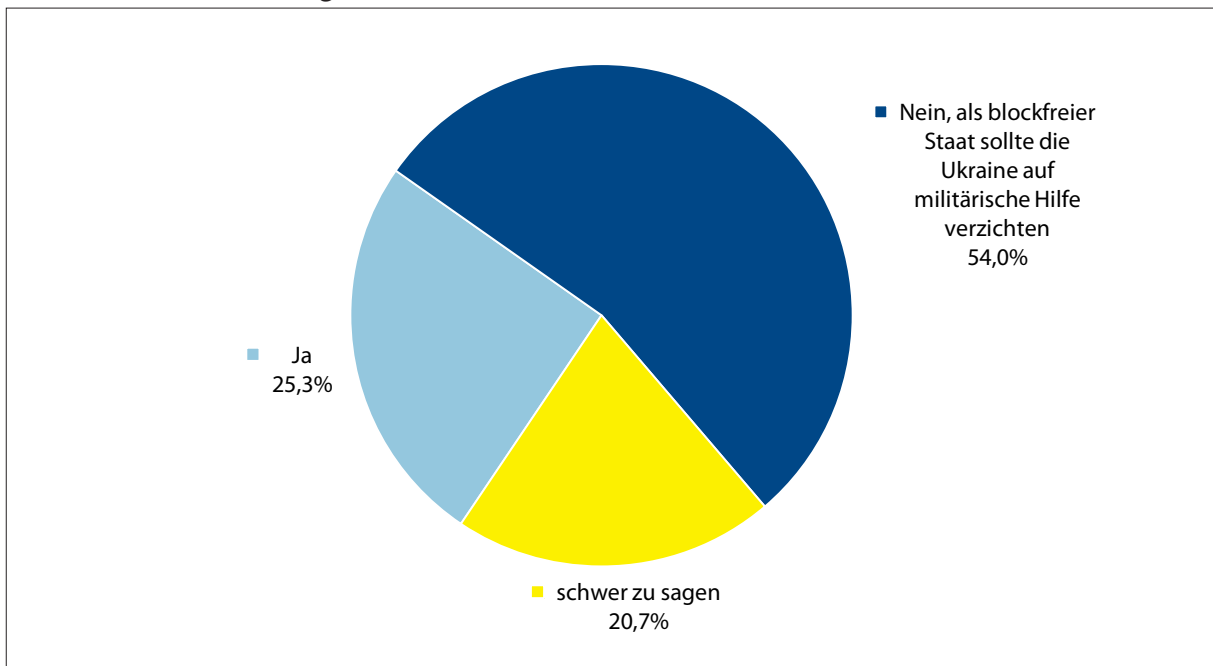
* die Maßnahmen umfassen u. a. Bildungsmaßnahmen, Trainings, Bau von Wohnanlagen.

** Bulgarien, Georgien, Rumänien, Russland, Türkei, Ukraine

Quelle: Ministerium für Verteidigung (Hg.): Weißbuch 2011 – Streitkräfte der Ukraine.

http://www.mil.gov.ua/files/white_book/WB_2011.pdf

Grafik 6: Unterstützen Sie es, dass die Ukraine (nach internationalem Recht) anderen Ländern, die um Hilfe gebeten haben, militärische Hilfe leistet?



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom Februar 2012, http://www.razumkov.org.ua/ukr/poll.php?poll_id=697

Gemeinsame Presseerklärung zum EU-Ukraine-Gipfel

16th EU–Ukraine Summit: Joint Statement

1. The 16th EU–Ukraine Summit took place in Brussels on 25 February, 2013. The European Union was represented by Mr Herman Van Rompuy, President of the European Council and Mr José Manuel Durão Barroso, President of the European Commission. Ukraine was represented by President Viktor Yanukovich.
[...]
3. The leaders reaffirmed their commitment to the signing of the already initialled Association Agreement, including a Deep and Comprehensive Free Trade Area, as soon as determined action and tangible progress are demonstrated in the three areas emphasized at the 2011 EU–Ukraine Summit, possibly by the time of the Eastern Partnership Summit in Vilnius in November 2013. Therefore, Ukraine is determined to comply with those areas/elements specified by the Conclusions of the 10 December 2012 Foreign Affairs Council of the European Union to this end. They agreed to focus on these issues as a matter of priority. The signing could be accompanied by an opening for provisional application of parts of the Agreement.
4. The leaders took note of the actions taken so far by Ukraine, and looked forward to it achieving concrete progress by early May 2013.
5. The leaders noted the Resolution of the European Parliament of 13 December 2012 and the Statement of the Verkhovna Rada of 22 February 2013.
6. The leaders noted the OSCE/ODIHR's final assessment of the 28 October 2012 parliamentary elections in Ukraine, acknowledging the need to fully implement its recommendations. They agreed on the importance of follow up to electoral irregularities, including early steps to establish a reliable electoral legislation by giving consideration to an Election Code and clear rules for balanced media access for electoral competitors, in close consultation with the OSCE/ODIHR and the Council of Europe/Venice Commission, as well as addressing the inconclusive results in single mandate constituencies.
7. The leaders expressed full support for the European Parliament's monitoring mission to Ukraine headed by former Presidents Cox and Kwaśniewski, including the need to address the judiciary cases of particular concern. Ukraine also expressed its firm commitment to early implementation of the judgments of the European Court of Human Rights, as well as the recommendations by the Council of Europe related to detention conditions and medical assistance to persons in detention.
8. They stressed that the rule of law with an independent judiciary is a critical element underpinning the Association Agreement, as set out in their joint statement after the December 2011 Summit. They discussed key elements of judicial reform in Ukraine and welcomed the entry into force of a new Criminal Procedure Code, new legislation on the Bar, as well as the establishment of a National Preventive Mechanism against torture. They emphasized the importance of their effective implementation and the need for a comprehensive reform of the judiciary in line with European standards. They looked forward to an early indepth review of the laws and legislation on the functioning of the Prosecutor's Office, on the role of the High Council of Justice, on the Judicial System and the Status of Judges as well as a reform of Criminal Code and the Police, in close consultation with the Council of Europe/Venice Commission. They welcomed the launch of the informal dialogue on judiciary on 6 February 2013 to facilitate Ukraine's progress on these matters.
[...]
10. They positively noted the new legislation on freedom of association and recognized the critical importance of constitutional reform to create the necessary checks and balances and of pursuing the freedom of assembly and media reforms.
11. The leaders agreed on the importance of progressing on reforms needed to prepare for a Deep and Comprehensive Free Trade Area (DCFTA) in line with the Association Agenda and the need to refrain from any measures going against the spirit of the DCFTA. They reiterated their full commitment to the principles of rule-based bilateral liberalisation embodied in the DCFTA, in particular by refraining from introducing protectionist measures. They reaffirmed adherence to WTO principles and readiness to continue joint efforts to strengthen multilateral trading system. The leaders also stressed the priority given to improving the business and investment climate. In this context, they welcomed the signing of an arrangement between the EU and Ukraine on the establishment of an informal business climate dialogue aimed at identifying priority actions to improve the business climate.

12. The leaders welcomed the signature of the Memorandum of Understanding and Loan Agreement for EU Macro-Financial Assistance to Ukraine of up to €610M which will complement a future agreement between Ukraine and the International Monetary Fund.
13. The leaders took note of the seventh joint report on the implementation of the Memorandum of Understanding on energy cooperation and reaffirmed that Ukraine as a transit country remains a reliable partner of the EU, willing to ensure stable and secure gas flows to Europe. They also stressed the importance of Ukraine's Gas Transit System (GTS) for transporting gas to the EU Member States. The EU will continue its support for the modernization of the Ukrainian GTS as a key part of the European grid network and support Ukraine in intensifying its dialogue with the International Financial Institutions in order to disburse the first loan for the emergency gas transit project "Reconstruction of Line Facilities of the Urengoy–Pomary–Uzhgorod Natural Gas pipeline, first stage". In this context, joint high level roundtables will be organised to promote the development of a regional gas market involving the EU relevant countries, financial institutions and companies. The leaders noted with satisfaction that since November 2012, Ukraine has been connected to the EU gas market through effective bi-directional gas flows. Recent investments by European energy companies in Ukraine were considered a positive development to link Ukraine to the European market. The leaders welcomed Ukraine's progress in implementing their obligations under the Energy Community Treaty and recognised that further efforts are required to implement all the obligations. The Parties agreed to further promote energy cooperation based on principles of solidarity and mutual benefit. They also welcomed Ukraine's full participation in the nuclear "stress tests" on the basis of the EU specifications and looked forward to early finalization of the EBRD and Euratom loans for upgrading Nuclear Power Plants in Ukraine.
[...]
15. They paid particular attention to citizens' mobility, recalling the shared commitment to move towards a visa-free travel regime in due course, provided the conditions for well-managed and secure mobility are in place. They took positive note of Ukraine's progress in the implementation of the first phase of the Action Plan on Visa Liberalisation and the increased efforts towards fulfilment of the benchmarks. They looked forward to the early conclusion of the Agreement amending the Visa Facilitation Agreement signed in July 2012, with a view to further facilitating the issuance of visas to Ukrainian citizens.
16. The leaders exchanged views on international and regional matters, notably in light of Ukraine's OSCE Chairmanship in Office. Ukraine is well placed to build bridges in the OSCE and to lead the organisation in a way that supports and strengthens it institutionally. They expressed convergent views on the Transnistria settlement process and look forward to a positive dynamics in the 5+2 talks. They also expressed satisfaction with Ukraine's participation in CSDP missions.

Quelle: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/135667.pdf

Vom 13. bis 25. Februar 2013

13.02.2013	Französische Baufirmen ziehen ihr Personal aus Tschernobyl ab, nachdem am Vortag das Dach eines Maschinenraums zwischen Block 3 und 4 des havarierten Atomkraftwerks eingestürzt war. Die zuständigen Behörden hatten erklärt, es könne dadurch keine Gefahr entstehen.
13.02.2013	Die ehemalige Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko wird wegen Missachtung des Gerichts zu einer Geldstrafe von 17.000 Hrywnja (ca. 1700 €) verurteilt, da sie erklärt habe, zu anstehenden Gerichtsterminen nicht erscheinen zu wollen. Bei dem Prozess geht es um den Mord an dem Abgeordneten Jewhen Schtscherban. Julija Tymoschenko selbst ist angeklagt. Ihr Anwalt Serhij Wlasenko bestreitet die Erklärung und bezichtigt das Gericht der Lüge sowie das Gefängnis, in dem sich Tymoschenko zurzeit aufhält, der Weitergabe von Falschinformationen.
15.02.2013	Im Schtscherban-Prozess wird der Zeuge Serhij Sajzew vernommen. Er beschuldigt Julija Tymoschenko, den Mord in Auftrag gegeben und dafür 3 Millionen US-Dollar bezahlt zu haben.
16.02.2013	Die staatliche Statistikbehörde veröffentlicht Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung. Ende 2012 lebten in der Ukraine rund 45,5 Millionen Menschen, ca. 80.600 weniger als im Vorjahr.
17.02.2013	Das Rasumkow-Zentrum veröffentlicht die Ergebnisse einer Umfrage zu den bevorstehenden Bürgermeisterwahlen in Kiew, nach denen Vitalij Klitschko (UDAR) mit 49 % der Stimmen klar vor Oleksandr Popow (25,9 %) liegt, dem Kandidaten der Partei der Regionen. Die Parteien Vaterland und Swoboda hatten angekündigt, keine eigenen Kandidaten aufzustellen.
19.02.2013	Innenminister Witalij Sachartschenko entlässt den Kommandeur der Kiewer Einheit der Spezialpolizei »Berkut«. Am Vortag hatte es Ausschreitungen in der Innenstadt gegeben, während derer Angehörige der Spezialeinheit Aktivistinnen und Abgeordnete der Partei Freiheit verprügelt hatten. Die Aktivistinnen protestieren mit einer Besetzung gegen die Umbaupläne für das historische Gebäude am Gostynyj Dwor in der Innenstadt.
20.02.2013	Abgeordnete der Oppositionsparteien halten den Plenarsaal des Parlaments seit nunmehr 15 Tagen besetzt. Die Partei der Regionen hatte am Vortag eine gewaltsame Aufhebung der Blockade ausgeschlossen. Die Oppositionsparteien einerseits und die Partei der Regionen andererseits erklärten, sie seien auf der Suche nach einer Kompromisslösung, um Neuwahlen zu umgehen.
20.02.2013	Arbeiter der französischen Baufirma Novarka setzen die Konstruktionsarbeiten am havarierten Atomkraftwerk Tschernobyl fort.
22.02.2013	Das Parlament nimmt nach 18 Tagen der Blockade seine Arbeit wieder auf und beginnt die zweite Sitzungsperiode. Es wird eine Kompromisslösung zur persönlichen Abstimmung verabschiedet. Die Abstimmung im Namen nicht anwesender Abgeordneter wird durch eine Änderung der Parlamentsordnung erschwert: der Verdacht, dass die Stimmkarte eines Abwesenden abgegeben wurde, kann dem Parlamentssprecher gemeldet werden, der daraufhin die Anwesenheit des Abgeordneten überprüft. Im Falle tatsächlicher Abwesenheit wird die Stimmkarte eingezogen und die Abstimmung wiederholt.
24.02.2013	Anlässlich des bevorstehenden EU-Ukraine-Gipfels ruft der Rat der Vereinigten Opposition unter der Führung Oleksandr Turtschinows von der Partei Vaterland zu einer Demonstration am Folgetag in Kiew auf. Titel der Veranstaltung: »Kiewer Bürger gegen politische Repression!«
25.02.2013	In Brüssel findet der EU-Ukraine-Gipfel statt. Präsident Wiktor Janukowytsch sowie die Führer der EU-Delegation, Kommissionspräsident José Manuel Barroso und der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy, unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung, in der sie bekräftigen, dass beim Gipfel der östlichen Partnerschaft im November in Vilnius die Ukraine ein Assoziationsabkommen unterzeichnen könnte, wenn sie sichtbare Fortschritte zeigt. Dazu zählen u. a. eine Verbesserung des Investitionsklimas, die Bekämpfung selektiver Justiz und die Klärung der Unregelmäßigkeiten bei der vergangenen Parlamentswahl. Bis Mai sollen deutliche Fortschritte erzielt werden, um im November zu einer Unterzeichnung zu gelangen.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de